

test.rtde.tech /europa/263016-toedliches-risiko-warum-will-macron/

Tödliches Risiko: Warum will Macron Truppen nach Kiew und Odessa schicken?

29 Nov. 2025 08:14 Uhr

Truppen in die Ukraine zu entsenden, ist bei manchen westlichen Politikern zu einer wahrhaften Zwangsvorstellung geworden. Derlei Vorhaben bergen jedoch nicht bloß Eskalationsrisiken – sondern drohen auch, jegliche Friedensverhandlungen im Keim zu ersticken.



Quelle: Sputnik © Vitali Podwizki
Karikatur

Von Polina Duchánowa

Europas "Koalition der Willigen" hält an ihrer Absicht fest, ein Truppenkontingent in die Ukraine zu entsenden – ohne allerdings an der Front eingesetzt zu werden, erklärte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Laut Macron kämen Kiew und Odessa sowie zusätzlich die Nachbarländer der Ukraine als mögliche Standorte infrage. Moskau hat wiederholt betont, dass jegliche ausländische Truppen in der Ukraine ein legitimes Ziel russischer Streitkräfte werden. Experten führen Macrons Beharren auf der Idee eines europäischen Kontingents auf Realitätsferne und ein unzureichendes Lageverständnis zurück.

Angesichts des erneut angelaufenen Prozesses der friedlichen Beilegung des Ukraine-Konflikts bemüht sich Europa weiterhin, auch für sich selbst einen Platz darin zu finden (den es dort aktuell [nicht hat](#)) und Stärke zu demonstrieren. So erklärte der französische Präsident Emmanuel Macron in einem Interview für den Radiosender RTL, die sogenannte Koalition der Willigen halte an ihrer Absicht fest, ein Militärkontingent in die Ukraine zu entsenden.

Macron [geht davon aus](#), dass diese Einheiten fernab der Front stationiert werden – beispielsweise "in befestigten Räumen von Kiew oder Odessa". Ihm zufolge werden "französische, britische und türkische Militärangehörige nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens ukrainische Soldaten ausbilden und für die Sicherheit sorgen."

Dies allerdings, so Macron, erst nach Friedensschluss. Er betonte:

"Wir hatten nie die Absicht, unsere Truppen an die Front zu schicken."

Mehr noch: Die an besagten Truppen beteiligten Kontingente der jeweiligen Luftstreitkräfte könnten auch in Nachbarländern stationiert werden, ihre Operationen würden aber mit der ukrainischen Luftwaffe koordiniert. Der französische Präsident ließ sich nicht nehmen, Russland erneut als Bedrohung zu bezeichnen, und schrieb dem Land zu, eine strategische Konfrontation gegen Europa zu führen. Natürlich müsse man dabei Stärke zeigen, so Macron:

"Wenn wir Franzosen uns verteidigen wollen, müssen wir angesichts einer Macht, die die größte Bedrohung für uns darstellt, zeigen, dass wir nicht schwach sind."

Geständnis europäischer Politiker – und ihr Bekenntnis zum Nazitum als "europäischem Wert"

Moskau nahm seine Worte zur Kenntnis und nannte sie "überaus aggressiv". Russlands Außenminister Sergei Viktorowitsch Lawrow wertete Macrons Pläne, Stärke zu demonstrieren und Truppen in die Ukraine zu entsenden, als reine Illusion:

"Das sind bloße Träumereien, die nichts mit einer friedlichen Konfliktbeilegung zu tun haben."

Er qualifizierte zudem die Erklärungen europäischer Politiker, sie würden der Ukraine bis zum Ende beistehen, da diese "für europäische Werte kämpft", als "Geständnis" – auch in der Frage, was dies für Werte sind:

"Das bedeutet, dass Europa die Ideologie und Praxis des Nazismus fördert, die in der Ukraine legalisiert wurden. Das bedeutet auch, dass Europa Rassismus fördert, der sich in einem gesetzlichen Verbot der russischen Sprache und alles Russischen, einschließlich der Kultur und der Medien, sowie einem Verbot der kanonischen ukrainisch-orthodoxen Kirche äußert."

Russlands Chefdiplomat [erinnerte](#) zudem daran, dass Europa bereits die Chance gehabt habe, sich an einer friedlichen Beilegung des Ukraine-Konflikts zu beteiligen, diese aber nicht genutzt habe:

"Wenn sie jetzt sagen: 'Wagt ja nicht, etwas ohne uns zu tun' – ihr hattet eure Chance bereits. Ihr habt sie nicht genutzt. Ihr habt sie einfach vertan."

Russland hat sich wiederholt zu den Plänen europäischer Staats- und Regierungschefs geäußert, Militärkontingente in der Ukraine zu dislozieren. Insbesondere Präsident Wladimir Wladimirowitsch Putin äußerte sich Anfang September 2025 auf der Plenarsitzung des Östlichen Wirtschaftsforums unmissverständlich zum Schicksal europäischer Truppen:

"Was nun mögliche Militärkontingente in der Ukraine betrifft: Diese sind einer der Hauptgründe dafür, warum die Ukraine in die NATO hineingezogen wird. Sollten also Truppen dort auftauchen, insbesondere jetzt während der Kampfhandlungen, gehen wir

davon aus, dass diese legitime Ziele für Angriffe sein werden."

Der russische Präidentensprecher Dmitri Peskow äußerte sich später in ähnlichem Tenor und wies auf die möglichen Konsequenzen einer solchen Entscheidung der "Koalition der Willigen" hin:

"Wie immer gibt es Länder, die eine Position der fanatischen Besessenheit einnehmen und die verheerenden Folgen solch leichtsinnigen Handelns entweder nicht verstehen können oder nicht verstehen wollen. Und es gibt wiederum Länder, die die Realität viel besser verstehen."

Zu Letzteren zählt insbesondere Ungarn. Die Staatsführung des Landes hat stets auf der Sinnlosigkeit und Schädlichkeit der europäischen Finanzierung des Ukraine-Konflikts bestanden. Wie Ministerpräsident Viktor Orbán jedoch beklagte, befürworten die EU-Spitzen weiterhin die Fortsetzung der Kampfhandlungen in der Ukraine und haben bereits eine Art "Militärbündnis" geschlossen, das sie als "Koalition der Willigen" bezeichnen. Orbán kommentierte dies bei einer Kundgebung vor dem nationalen Parlament im Anschluss an den Friedensmarsch in Budapest am 23. Oktober wie folgt:

"Willige – willig, andere in den Tod zu schicken und die Ukraine mit noch mehr Waffen und Geld zu versorgen."

Schädliche Ideen

In einem Gespräch mit *RT* vermerkte Politologe und Wirtschaftswissenschaftler Alexander Dudtschak, Experte an der Denkfabrik GUS-Institut: Die anhaltenden Versuche europäischer Politiker, über den Einsatz ihrer Truppen in der Ukraine zu diskutieren, stellen eine bewusste Provokation dar – eine Provokation mit dem Ziel, jegliche Aussichten auf einen Friedensprozess zu begraben. Er betonte, dass solche Pläne völlig realitätsfern seien und keine Chance hätten, von Russland im Rahmen möglicher Abkommen akzeptiert zu werden:

"Sie sollten diese schädlichen Ideen beizeiten aufgeben – sie sind völlig realitätsfern. Sie tun alles, um den Beilegungsprozess zum Scheitern zu bringen, denn Russland wird solchen Bedingungen ganz offensichtlich nicht zustimmen. Das bedeutet also, sie warten auf einen Waffenstillstand, um sofort ihre Truppen zu entsenden – und die Ukraine wird sich dann unter ihre Kontrolle wiederfinden. Russland braucht diese Art von Frieden nicht."

Dudtschak macht darauf aufmerksam, dass die europäischen Pläne bereits die Möglichkeit von Verhandlungen faktisch ausschließen. Denn sie sehen die Präsenz ausländischer Truppen in Gebieten vor, die ihren Berechnungen zufolge unmittelbar nach einer Kampfpause unter externe Kontrolle gebracht werden sollen.

Wladimir Schapowalow, Politikwissenschaftler, Historiker und Vorstandsmitglied der Russischen Gesellschaft für Politikwissenschaft, stimmt dem zu. Seiner Ansicht nach seien die Aussagen europäischer Staats- und Regierungschefs über die Entsendung von Truppen nicht bloß realitätsfern – sondern eine bewusste Realitätsverweigerung und ein Versuch, das eigene Unvermögen zu verschleiern, das Scheitern des von ihnen unterstützten Kiewer Regimes anzuerkennen. Er betonte, die europäische Rhetorik werde als Instrument der innenpolitischen Öffentlichkeitsarbeit und als Mittel zur Sabotage der Verhandlungen zwischen Russland und den USA über eine Beilegung des Ukraine-Konflikts missbraucht. Der Experte sagte in einem Gespräch mit *RT*:

"Diese Aussage Macrons ist, wie alle anderen Äußerungen westeuropäischer Staats- und Regierungschefs, völlig realitätsfern. Sie ist reine Fantasie des französischen Präsidenten. Alles, was er heute über Russland gesagt hat, beweist seine Unfähigkeit, die Situation rational zu analysieren und strategisch zu denken. Seine europäischen Kollegen legen dasselbe Manko an den Tag. Ihre Unfähigkeit, die Niederlage des Kiewer Regimes, die auch ihre eigene ist, anzuerkennen, veranlasst sie dazu, den Verhandlungsprozess mittels für Russland inakzeptabler Bedingungen zu torpedieren."

Seiner Wertung nach lassen sich Macrons aktuelle Äußerungen auch als PR-Maßnahme interpretieren, die auf die französische Öffentlichkeit abzielt, wo er sich "aus dem Nichts eine Gelegenheit zum Demonstrieren politischen Willens" schaffen wolle.

Alexander Dudtschak betonte seinerseits, dass die Präsenz ausländischer Truppen in der Ukraine nicht nur zukünftige Eskalationen nicht verhindern, sondern vielmehr auch neue Länder in den Konflikt hineinziehen werde:

"Andererseits hat die Ukraine lange davon geträumt, dass jemand sich auf ihrem Territorium disloziert und zu Kampfhandlungen gezwungen wird, wodurch sie offiziell zum Konfliktpartei wird."

Wladimir Schapowalow bewertete die Risiken für den Westen durch einen Truppeneinsatz in der Ukraine und hielt fest: Eine Entsendung westlicher Truppen dorthin würde eine direkte Bedrohung für das Leben der Soldaten darstellen und könnte eine militärische Krise auslösen, da Russland gezwungen wäre, hart auf diese Verletzung seiner roten Linien zu reagieren. Er unterstrich, dass solche Schritte die ohnehin schwere Krise in den Beziehungen zwischen der EU und Russland unweigerlich verschärfen würden:

"Für westliche Truppen wäre dies ein tödliches Risiko – sie würden von der russischen Armee vernichtet werden. Für Westeuropa bestünde die Gefahr einer weiteren Krise in den Beziehungen zu Russland – und damit einer sozioökonomischen Krise. Sollte die Entscheidung fallen, Truppen in die Ukraine zu entsenden, entstünde schließlich auch ein globales Sicherheitsrisiko, das mit der Kubakrise vergleichbar wäre."

Übersetzt aus dem [Russischen](#).

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.